

Bhutan im Überblick

zusammengestellt von Yeşim Pacal

Bhutan und Modi

Zum ersten Mal in Indiens Geschichte wählte der indische Premierminister Narendra Modi Bhutan als erste Station seiner Auslandsbesuche – aus mehreren Gründen: Bhutan ist der größte Wirtschaftspartner Indiens (90 Prozent Export, 98 Prozent Import), Bhutans Regierung hat eine Operation gegen Indienegegner durchgeführt, es bestehen keine Konflikte zwischen den Nachbarländern, und Indien hofft, Bhutan in Zukunft als Energielieferant von Energie aus Wasserkraftwerken zu gewinnen. Der Auslandsbesuch hat Mitte Juni 2014 stattgefunden.

Projekt zur Anpassung an den Klimawandel

Es ist bereits das zweite Projekt, nach dem *Glacial Lake Outburst Floods*, GLOF, welches zwischen 2008 bis 2013 in Bhutan zum Schutz vor Flutwellen umgesetzt wurde, die entstehen, wenn sich plötzlich unter Gletschern befindliche Seen entleeren. In Kürze soll nun dieses größte Projekt der Welt zur Anpassung an den Klimawandel (*Climate Change Adaption Project*, CCAP) implementiert werden. Mit 7,1 Millionen Ngultrum (das entspricht circa 8,4 Millionen Euro) wird es vom LDCF (*Least Developed Countries Fund*) finanziert. Fokus des Konzeptes sind effektive Messungen zur Reduktion von Überflutungen und Landrutschen in Phuentsholing und Pasakha, ferner der Aufbau von Wasserverteilungs- und Speichersystemen.

Handel mit Bangladesch

Ende Mai 2014 trafen sich die neue bhutanische Botschafterin Pema Choden und Bangladeschs Außenminister Abul Hassan Mahmood Ali zu Gesprächen über wirtschaftliche Zusammenarbeit. Thema war unter anderem, eine gegenseitige Zollfreiheit für Im- und Export von Fruchtsäften. Choden kündigte Exporte von Felsgestein zum Bau der Pagma-Brücke in Bangladesch an. Die Gespräche zum Beitrag Bhutans werden im Laufe des Jahres 2014 in Neu-Delhi in die nächste Runde gehen.

Gefahr Krebs

Ärzte beklagen einen vehementen Anstieg von Krebsfällen in Bhutan. Einer Population von unter 700 000 Menschen stehen 3301 angezeigte Fälle zwischen 2008 bis 2012 gegenüber. Diese Zahl zeige jedoch nicht annähernd das echte Ausmaß, so Spezialisten

des JDWNR-Krankenhauses in Thimphu. Lücken in der Datenerhebung erschweren die Analyse. Magenkrebs gefolgt von Gebärmutterhalskrebs sind die am häufigsten vorkommenden Arten. In den Essgewohnheiten liegen mögliche Ursachen für den Anstieg: besonders das landestypische scharfe Essen und der Verzehr von schlechtem Fleisch begünstigen die Bildung von Magenkrebs. Die Regierung wird aufgefordert, Gelder in Aufklärung, Medikation und Forschung zu investieren.

Bhutan und die Weltbank

Der Vizepräsident der Weltbank, Philippe Le Houerou, und Bhutans Premierminister Lyonchhen Tshering Tobgay begegneten sich Ende Mai 2014 zu Gesprächen hinsichtlich künftiger weiterer Finanzierungsmöglichkeiten durch die Weltbank. Le Houerou hob die positive wirtschaftliche Entwicklung Bhutans in den letzten Jahren hervor. Diese sei nicht zuletzt durch das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung, König und Volk begünstigt worden. Die Weltbank werde Kredite zur Umwertung von Schulden und Entwicklungsgelder bewilligen. Lyonchhen sicherte die verantwortungsvolle Verwendung der Kredite für die Projekte zu.

Rundfunk Abkommen mit Japan

Die japanische Rundfunkgesellschaft NHK (*Nippon Hoso Kyokai*) hat Anfang Juni 2014 im Rahmen ihrer Expansion ein Abkommen mit der Rundfunkgesellschaft in Bhutan (*Bhutan Broadcasting Service*) abgeschlossen. Nachrichten und Kultursendungen aus Japan werden so täglich mehrere Stunden lang auf Kurz-, Mittel-, Ultrakurzwellen und über Satellit in Bhutan ausgestrahlt. Das Programm *Easy Japan* soll in englischer Sprache über 27 FM-Stationen übertragen werden.

Religionsfreiheit

2008 wurde aus der Absoluten Monarchie Bhutan die Konstitutionelle Monarchie Bhutan. Die Religionsfreiheit ist jedoch nach dem Wechsel bis heute nicht gesetzlich verankert. Mehrere Mitglieder des UN-Menschenrechtsrates (UNHRC) beklagten Anfang Juni 2014 bei einer Tagung in Genf die unbefriedigende rechtliche Situation von Christen und Mitgliedern anderer religiöser Gruppen des Landes. Der UNHRC forderte das kleine Königreich auf, die freie Ausübung des Glaubens und die rechtliche Gleichstellung aller Minderheiten zu gewährleisten.